

# Religiöser Extremismus

**Zwei Themen beherrschen den Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2015: Religiös motivierter Extremismus sowie der Anstieg von rechtsextremistisch und fremdenfeindlich motivierten Straftaten.**

Die Flüchtlingskrise hat uns 2015 nicht nur in Bezug auf ihre unmittelbare Bewältigung vor große Herausforderungen gestellt. Wenn Zigttausende Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen nach Österreich kommen, dann hat das auch Auswirkungen auf Entwicklungen in Österreich, die wir bei der Betrachtung des Themas hinsichtlich der Sicherheit mitbedenken müssen“, sagt Konrad Kogler, Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit.“ Das Thema sorgte auch in der öffentlichen Diskussion für gegensätzliche Meinungen. Neben verbalen Auseinandersetzungen über das Thema ist auch die Zahl der Straftaten mit rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen und rassistischen Motiven gestiegen. Dabei ist die Zahl der Gewaltdelikte im Vergleich mit 2014 nahezu gleich geblieben, es gab aber einen deutlichen Anstieg der Zahl an Sachbeschädigungen und Verhetzungsdelikten.

Die Zahl der asylfeindlichen Tathandlungen hat sich von Oktober bis Dezember 2015 nach oben entwickelt. Während im ersten Halbjahr 15 derartig motivierte Taten begangen wurden, konnten im dritten Quartal 77 und im letzten Quartal 95 solcher Straftaten wahrgenommen werden. Insgesamt ist die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Tathandlungen im Vergleich zu 2014 um mehr als 50 Prozent gestiegen.

**Extremismus.** Die größte Bedrohung für die innere Sicherheit in Österreich geht nach wie vor vom religiös motivierten Extremismus und Terrorismus aus. „Mit Ende 2015 sind uns 259 Personen bekannt gewesen, die aus Österreich in den Dschihad nach Syrien oder in den Irak gereist sind oder dorthin reisen wollten“, berichtet Mag. Peter Gridling, Direktor des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT). 41 dieser Personen sind an der Ausreise gehindert worden, 79 sind wieder nach Österreich zurückgekehrt und 43 Personen sind mit höchster Wahrscheinlichkeit im Krisengebiet getötet worden. „Die größten Sorgen bereiten uns die Heim-



**Kritische Infrastruktur: Der Schutz von Anlagen hat hohe Priorität.**

kehrer, bei denen die Sicherheitsbehörden davon ausgehen müssen, dass sie eine potenzielle Gefahr darstellen können.“ In Österreich steigt die Zahl der radikalisierten Anhänger des salafistischen Dschihadismus. In den meisten Fällen spielen das unmittelbare Umfeld der Personen sowie charismatische Persönlichkeiten bzw. ideologische Anführer eine große Rolle im Radikalisierungsprozess.

Radikale Predigten und Propagandamaterial erfüllen dabei oft eine gemeinschaftsstiftende Funktion. Die Beziehung der radikalisierten Personen zu anderen Gruppenmitgliedern und die Annahme der salafistisch-dschihadistischen Ideologie tragen zur Entwicklung einer neuen Identität und der Identifizierung mit der Gruppe bei.

Der Bruch mit dem gewohnten sozialen Umfeld und die Abschottung innerhalb der Gruppe fördert die polarisierende Wirkung der radikalen Ideologie. Meist sind Jugendliche oder junge Erwachsene vom Phänomen der Radikalisierung betroffen. Während in den letzten Jahren überwiegend Männern zwischen 18 und 35 Jahren in Kriegsgebiete gereist sind oder dies versucht haben, kann mittlerweile europaweit festgestellt werden, dass vermehrt (junge) Frauen ausreisen und aus eigenem Entschluss in Kriegsgebiete gehen

bzw. sich terroristischen Organisationen anschließen. Die meisten „Foreign Fighters“ aus Europa kommen aus dem Vereinigten Königreich, Frankreich, Deutschland und Belgien. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl nimmt allerdings Österreich in dieser Statistik hinter Belgien den zweiten Platz ein.

**Prävention.** Die Staatsschutzbehörden setzen verstärkte Präventionsarbeit als Gegenmaßnahme ein. Neben der Sensibilisierung und Ausbildung der Sicherheitsbediensteten des Innenressorts, wurde die interministerielle Zusammenarbeit gestärkt. Unter anderem wurden Bedienstete von Justizvollzugsanstalten geschult und Präventionsveranstaltungen mit dem Justizministerium durchgeführt.

Ebenso wird die im Dezember 2014 im Bundesministerium für Familien und Jugend eingerichtete *Beratungsstelle Extremismus* unterstützt und im Sinne der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung, gemeinsame Präventionsveranstaltungen organisiert. In Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern der Universität Wien hat sich das BVT bei der Gründung von *RAN Austria*, dem Österreich-Ableger des *Radical Awareness Networks* der Europäischen Union, ebenso engagiert wie beim Projekt *VORTEX (Vienna Observatory for the applied Research on Terrorism and Extremism)*, das die innermuslimische Debatte und ein tolerantes und pluralistisches Islamverständnis fördern soll, um einen nicht extremistischen Islam zu unterstützen.

**Rechtsextremismus.** Im Phänomenbereich „Rechtsextremismus“ ist der durch die öffentliche Auseinandersetzung mit der Flüchtlingsthematik mit verantwortete Anstieg der Zahl an rechtsextremistisch und fremdenfeindlich/rassistisch motivierten Straftaten auffallend. 2015 sind von den Sicherheitsbehörden 1.156 Tathandlungen mit rechtsextremistischem, fremdenfeindlichem/rassistischem, islamophobem, antisemitischem Hintergrund wahrgenommen worden. Das sind um 54,1 Prozent mehr als im Jahr 2014

(750 Tathandlungen). Die Aufklärungsquote ist im selben Zeitraum von 59,7 auf 65,1 Prozent gestiegen. Aus diesen Tathandlungen erfolgten 1.691 Anzeigen. Die meisten gab es mit 953 nach dem Verbotsgesetz, 695 Anzeigen erfolgten nach dem Strafgesetzbuch (u. a. 282 Anzeigen wegen Verhetzung und 289 Sachbeschädigungen). Auch bei den Hinweisen, die bei der Internet-Meldestelle „NS-Wiederbetätigung“ eingelangt sind, gab es neuerlich eine Steigerung. 3.913 Informationen und Hinweise im Jahr 2015 bedeuten einen zahlenmäßigen Anstieg gegenüber 2014 (3.354 Eingänge) um 16,7 Prozent.

**Linksextremismus.** Deutlich gesunken ist hingegen die Zahl der Tathandlungen und Anzeigen wegen linksextremistisch motivierter Straftaten. Es gab 186 Tathandlungen und daraus resultierend 312 Anzeigen (2014: 371 Tathandlungen und 545 Anzeigen), die Aufklärungsquote lag bei 20,4 Prozent (2014: 25,3 Prozent). Mehr als die Hälfte aller Anzeigen betrafen Straftaten in der Bundeshauptstadt Wien. Alleine im Zusammenhang mit Protestaktionen gegen den *Wiener Akademikerball* Ende Jänner 2015 wurden 117 Anzeigen erstattet.

**Kritische Infrastruktur.** Die oft eng miteinander verbundenen Bereiche „Schutz kritischer Infrastruktur“ und „Cyber-Sicherheit“ erlangen immer stärkere Bedeutung. Betreiber kritischer Infrastruktur, die z. B. die Versorgung mit Elektrizität, Wasser, Lebensmittel und Medikamenten, den Betrieb von Krankenhäusern oder die Tätigkeit von Hilfs- und Einsatzkräften garantieren, sind von politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen beeinflusst. Zusätzlich gibt es Risiken und Gefahrenpotenziale aus dem terroristischen, extremistischen sowie kriminellen Spektrum.

Unter anderem geht auch erhebliches Gefahrenpotenzial von Trojanern, Viren und Spyware aus. 200.000 neue Schadprogramme bzw. Mutationen werden täglich entdeckt. Die starke Verbreitung und die leichte Bezugsmöglichkeit im Internet ermöglicht es, auch ohne Vorkenntnisse sehr großen Schaden anrichten zu können.

In Österreich gab es 2015 vereinzelt Vorfälle bei Unternehmen kritischer Infrastruktur, die zu temporären Ein-



schränkungen der Funktionalität der Unternehmen geführt hatten. Das BVT versucht durch eine verstärkte Kommunikation, Kooperation und Koordination mit Betreibern kritischer Infrastruktur deren Schutz und Sicherheit und damit die gesamtstaatliche Resilienz zu verbessern.

In der im BVT eingerichteten zentralen Kontakt- und Meldestelle gingen 74 Meldungen und Anfragen von Unternehmen ein, außerdem wurden über das Frühwarnsystem Warn- bzw. Informationsschreiben über aktuelle Bedrohungen an Betreiber übermittelt.

**Wirtschafts- und Industriespionage.** Das BVT kooperiert zur Bekämpfung von Wirtschafts- und Industriespionage eng mit der Wirtschaftsverbänden, der *Wirtschaftskammer Österreich*, der Industriellenvereinigung und dem universitären Bereich. Im September 2015 fand ein CEO-Briefing zum Thema „Internationale Wirtschafts- und Industriespionage“ statt, in dem nationale und internationale Sicherheitsexperten über die Gefahren referierten und eine stärkere Vernetzung der knapp 70 teilnehmenden Geschäftsführer und Sicherheitsexperten erzielt werden konnte.

Weiters wurde im Auftrag des BVT die Studie „Wirtschafts- und Industriespionage in österreichischen Unternehmen 2015“ durch den *FH Campus Wien* durchgeführt, in enger Kooperation mit der *Wirtschaftskammer Österreich* und der *Industriellenvereinigung*.

Die Befragung von 15.000 Unternehmen in Österreich und die Auswertung von etwa 1.150 Fragebögen (Rücklaufquote: 7,7 Prozent) zeigte, dass in den letzten fünf Jahren hochgerechnet fast 8.400 Unternehmen Opfer von Wirtschafts- und Industriespionage waren. Dabei entstanden fast drei Viertel der betroffenen Unternehmen erhebliche Folgeschäden, wie der Verlust von Aufträgen oder Kunden sowie Image-Schäden. Der österreichische Gesamtschaden lässt sich mit jährlich etwa einer Milliarde Euro beziffern.

#### **Polizeiliches Staatsschutzgesetz.**

Ein Beitrag des Verfassungsschutzberichtes 2015 widmet sich der Entstehung und den Inhalten des „Polizeilichen Staatsschutzgesetzes“. Das Gesetz, das nach fast zweijähriger Vorbereitung und Diskussion mit vielen Interessensgruppen entstanden ist, wird die künftige Tätigkeit der österreichischen Staatsschutzbehörden prägen.

„Das Polizeiliche Staatsschutzgesetz präzisiert den Aufgabenbereich der Staatsschutzbehörden, gibt ihnen die notwendigen und dem Bedarf angepassten Möglichkeiten für ihre Arbeit und achtet auf entsprechende Rechtsschutzmaßnahmen“, sagte BVT-Direktor Gridling. „Dadurch können wir bereits früher agieren, um geplante Straftaten verhindern zu können – und nicht erst dann einschreiten, wenn das Sicherheitspolizeigesetz oder die Strafprozessordnung Schritte vorsehen.“  
*Harald Noschiel*